Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend Post boten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 33. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Mittwoch den 9. Februar 1927**

Immer wieder „Sicherungen".

Nun sind auch die offiziellen Aktenstücke über die Vereinbarungen ausgetauscht worden, die zwischen Deutschland und der Botschafterkonferenz hinsichtlich der sog. Ostbefestigungen getroffen wurden und ihren allgemeinen Grundzügen nach ja schon bekannt sind. Neu ist höchstens, daß auch im Südosten und Süden Deutschlands eine Linie festgelegt worden ist, die sich in einem mehr oder weniger großen Abstand diesseits der Grenze hinzieht; es ist uns nicht gestattet, jenseits dieser Linie Befestigungen irgendwelcher Art zu errichten. Damit ist Deutschland — abgesehen von den paar Stellen im Osten — von einem breiten Gürtel umgeben, der unbefestigt und ungeschützt bleiben muß; im Westen verläuft diese Linie 50 Kilometer östlich des Rheins.

Es wäre erfreulich, wenn die Gegenseite einsehen würde, welches große Entgegenkommen Deutschland damit bewiesen hat und daß es wirklich an der Zeit wäre, mit der Politik endlich Schluß zu machen, die immer nur neue „Sicherungen" allerrealster Art verlangt, zumal man zunächst daran denkt, daß Frankreich soeben beschlossen hat, unter ganz gewaltigen Kosten — angeblich fünf bis sechs Milliarden Goldfrank — seine Ostbefestigungen auszubauen und zu einem enggeschlossenen System zu gestalten. Man will die Arbeiten bis spätestens 1935 beendigen. Und das ist gerade der letzte Zeitpunkt, da selbst nach französischen Zugeständnis die Besatzungstruppen bis dahin vom deutschen Boden zurückgezogen werden müssen.

Doch auch das genügt der französischen Regierung nicht. Angeblich wird der deutsche Außenminister Dr. Stresemann in nächster Zeit mit Briand zusammenkommen und man rechnet in Paris damit, daß Stresemann bei dieser Gelegenheit die Forderung der sofortigen Rheinlandräumung aufstellen wird. Er wird sich dabei auf den Artikel 431 des Versailler Vertrages stützen können, wonach die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen werden müssen, „wenn Deutschland vor Ablauf der fünfzehn Jahre alle Verpflichtungen erfüllt hat, die ihm aus dem gegenwärtigen Vertrage erwachsen". Die Entwaffnungsfragen sind restlos erledigt, die „Reparations"bestimmungen desgleichen in der Form des Dawes-Paktes — folglich sind die Voraussetzungen des Artikels 431 erfüllt, sobald die letzten nicht genehmigten „Befestigungen" an der deutschen Ostgrenze beseitigt sind.

Und so ganz sollte man in Paris die Tatsache des Bestehens der Verträge von Locarno und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund denn doch nicht vergessen! Statt dessen will man aber die „vorzeitige" Räumung zum Gegenstand neuer politischer Geschäfte machen, nachdem der Versuch mißglückt ist, durch Mobilisierung eines Teils der deutschen Reparationsschuldverschreibungen ein finanzielles Geschäft zu machen. Man spricht von neuen „Sicherungen", die Frankreich namentlich im Rheinland verlange, eine Forderung, die sich auch Briand zu eigen gemacht habe. Dabei erhält Frankreich doch schon ganz bestimmt auf irgendeine Art neue Sicherungen, wenn erst einmal die Form für die Militärkontrolle des Völkerbundes festgelegt ist. Und dazu nun noch der breite Festungsgürtel an der französischen Ostgrenze, die völlig durchorganisierte Vorbereitung der französischen Wirtschaft und Bevölkerung für den Kriegsfall, die zahlreiche, unbedingt treue Gefolgschaft, über die Frankreich beim Völkerbund in Genf verfügt, die militärischen Schutz- und Trutzbündnisse, die es mit allen östlichen und südöstlichen Nachbarn Deutschlands abgeschlossen hat!

Aber all dies soll immer noch nicht genug sein, man verlangt in Paris noch mehr als Entgelt für angebliche Konzessionen, die doch in Wirklichkeit nichts anderes darstellen als ein Recht Deutschlands, dem Wortlaut des Versailler Vertrages gemäß. Wir haben aber gerade darin unsere unerfreulich-schmerzlichen Erfahrungen: die jüngste ist gerade die „Vereinbarung" über die deutschen Ostfestungen, wo auch wieder auf Kosten Deutschlands ein Artikel jenes Vertrages gedehnt und gereckt worden ist.

Um ein bekanntes Wort Bismarcks zu variieren, das er einmal an den österreichischen Gesandten richtete: Unsere Beziehungen zu Frankreich können besser, können schlechter werden; aber so, wie sie jetzt sind, dürfen sie nicht bleiben.

Thronrede im Englischen Unterhaus.

Eröffnung der neuen Parlamentssession.

Am Dienstag wurde die neue Unterhaussitzung mit der Verlesung der Thronrede eröffnet. Der König fuhr in feierlicher Prozession vom Buckinghampalast in der Staatskarosse, die von acht Pferden gezogen wurde, begleitet von der Königin, nach dem Parlament.

In der Thronrede anläßlich der Eröffnung des Parlaments heißt es u. a.: Ein Zeichen für die Wiederherstellung normaler internationaler Beziehungen in Europa war der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Übertragung eines Sitzes im Völkerbundrate an Deutschland. Unter Fortführung dieser Politik war es möglich, Ende letzten Monats das System der Interalliierten Militärkontrolle in Deutschland entsprechend den Bestimmungen des Versailler Vertrages zu beendigen und dem Völkerbunde alle die militärischen Klauseln betreffenden Fragen des Vertrages zu überweisen. Die Fortdauer des Bürgerkrieges in China und die fremdenfeindliche, insbesondere antibritische Agitation, die den Bürgerkrieg begleitet, veranlaßte die Regierung ernste Besorgnis. Die Regierung veranlaßte, daß den chinesischen Behörden Vorschläge gemacht würden, die die öffentliche Meinung in China und in der ganzen Welt davon überzeugen sollte, daß das britische Volk die Beseitigung aller wirklichen Mißstände und die Erneuerung der Verträge auf einer gerechten Grundlage und die Ordnung der zukünftigen Beziehungen zu China auf dem Fuß der Freundschaft und des guten Willens wünscht.

Drohender Abbruch mit Polen.

Krise in den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Deutsche offizielle Vorstellungen in Warschau.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die sich schon seit über zwei Jahren hinziehen, scheinen vor dem Abbruch zu stehen. Diese Verhandlungen werden in zwei Gruppen geführt, und zwar erstens über den Zolltarif und zweitens über das Niederlassungsrecht. Bei den Beratungen über den Zolltarif haben die polnischen Unterhändler zu erkennen gegeben, daß sie kein Interesse an der Einfuhr deutscher Waren haben und deshalb nicht bereit sind, zolltarifliche Zugeständnisse zu machen.

Weit schwerwiegender aber für den Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen ist das Verhalten Polens in der Frage des Niederlassungsrechts. Die polnische Regierung hat in der letzten Zeit wiederholt Angestellte deutscher Nationalität in Polnisch-Oberschlesien ausgewiesen. Erst jetzt wird ein neuer Fall bekannt, daß das Vorstandsmitglied Eichholz der Lignose A.-G. in Kattowitz seines Postens enthoben worden ist und den Befehl erhalten hat, das polnische Staatsgebiet zu verlassen. Auch der Antrag der Aufenthaltsverlängerung der vier deutschen Direktoren der Oberschlesischen Kleinbahngesellschaft, die vor einiger Zeit Ausweisungsbefehle erhalten hatten, ist von der polnischen Regierung abschlägig beschieden worden, so daß die Deutschen das polnische Staatsgebiet bereits verlassen haben. Es handelt sich bei diesen Ausweisungen um rein wirtschaftliche Maßnahmen, da diese Posten mit Polen besetzt werden sollen.

Der deutsche Gesandte in Warschau hat wegen dieser Vorgänge einen offiziellen Schritt bei der polnischen Regierung unternommen und darauf hingewiesen, daß unter solchen Umständen die ganzen Verhandlungen zwecklos scheinen. Man wird nunmehr auf die Antwort Polens gespannt sein dürfen.

*

Der polnische Handelsminister über die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Warschau, 8. Februar. In der heutigen Sitzung des Sejm hielt bei Beratung des Budgets des Handelsministeriums Handelsminister Kwiatowski eine längere Rede, in der er sich auch über den Stand der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen äußerte. Er erklärte, daß der andauernde Zollkrieg zwischen beiden Staaten keine guten Dienste geleistet habe; Polen habe durch diesen Zollkrieg zwar weniger Schaden zu verzeichnen als Deutschland, die polnische Regierung halte jedoch einen solchen Zustand als auf die Dauer untragbar. Er betonte ferner, daß die polnische Regierung aufrichtig einen Handelsvertrag mit Deutschland anstrebe und daß sie ihrerseits alles tun werde, um eine Verständigung zwischen den beiden Ländern zwecks Abschlusses eines Vertrages zu erzielen. Die Ausführungen des Handelsministers wurden von allen Parteien mit großem Beifall aufgenommen.

*

Polnisch-englischer Vertrag?

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 8. Februar. Nach der vor kurzem erfolgten Prager Ablehnung eines polnischen Freundschaftsvertrags-Angebots wendet sich das Interesse der Warschauer politischen Kreise in den letzten Tagen verstärkt dem Plane eines polnisch-englischen Vertrages zu, zu dem der Warschauer englische Gesandte Sir Max Miller bei seinem letzten Aufenthalt in London die ersten Unterlagen besprochen hat. Wie der Asien-Osteuropa-Dienst erfährt, ist an die Form eines Handelsvertrages gedacht, bei dem England — nach dem Scheitern der amerikanischen Anleiheverhandlungen Polens — den polnischen Geldbedarf decken soll. England hofft, durch eine engere Gestaltung seiner Wirtschaftsbeziehungen zu Polen eine bessere Ausbeute seiner zurzeit teilweise brachliegenden Waldkonzessionen im Bielowether Gebiet erreichen zu können. Auch sollen englische Werkinteressenten Bestellungen polnischer Reedereikreise zugeführt erhalten. Ein Teil der geplanten Anleihe ist für den Bau von strategischen Bahnen an der russischen Grenze bestimmt, die schon jetzt in der polnischen Presse erörtert werden. Soweit das Geld nicht in England selbst aufgebracht werden kann, will man die europäische (Pariser) Morgangruppe interessieren.

In diplomatischen Kreisen Warschaus verfolgt man diese Bestrebungen der polnischen Politik mit besonderem Interesse, da Polen in einem solchen Vertrag ein erfolgreiches Instrument zu schaffen hofft, um die für Polen immer bedrohlicher werdende deutsch-russische Freundschaft mit englischer Hilfe zu parieren.

*

Arbeitseinschränkungen im polnisch-oberschlesischen Bergbau.

Mehrere Grubenverwaltungen des Kattowitzer Industriebezirks sowie des Plesser und Rybniker Reviers haben beschlossen, ihre Belegschaften um 40 % zu vermindern. Die Maßnahme wird mit dem infolge der Beilegung des englischen Kohlenarbeiterstreiks verringerten Kohlenabsatz begründet.

Die Konkordatsfrage.

Äußerungen des Reichs und Preußens.

Zu den Gerüchten über Konkordatsverhandlungen, die namentlich während der Regierungsbildung auftauchten, wird jetzt in einer amtlichen Auslassung Stellung genommen. In dieser Auslassung wird betont, daß Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem Heiligen Stuhl über den Abschluß eines Reichskonkordats anläßlich der Bildung der neuen Reichsregierung nicht geschwebt haben. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß auf Grund der Verfassung der Republik, die vollste Gewissensfreiheit verbürge, die zuständigen Ressorts des Reiches seit längerer Zeit in einer Prüfung der einschlägigen staatsrechtlichen und kirchenpolitischen Fragen begriffen sind, ohne daß es aber zu irgendwelchen Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl bisher gekommen ist.

In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, daß das Problem einer Verständigung mit den kirchlichen Stellen über die vielfachen Wechselbeziehungen zwischen Staat und Kirche, soweit eine Reichszuständigkeit auf diesem Gebiete in Frage kommt, seit Erlaß der neuen Reichsverfassung von allen Reichskabinetten ernstlich erwogen worden sei. Schon im Oktober 1924 hat ein von Reichskanzler Dr. Marx geführtes Reichskabinett beschlossen, die nötigen Vorarbeiten für ein Reichskonkordat wiederaufzunehmen, und auch Reichskanzler Dr. Luther hat immer auf den Abschluß eines solchen Konkordates Wert gelegt. Schließlich wird daran erinnert, daß auch Reichspräsident Ebert dem päpstlichen Vertreter in Berlin gegenüber erklärt hat, daß er das Verhältnis zwischen Kirche und Staat neu zu regeln gedenke, und zwar auf Grund der republikanischen Verfassung.

Mit der Frage des Abschlusses eines Konkordats hat sich auch der preußische Kultusminister Dr. Becker im Hauptausschuß des Preußischen Landtages beschäftigt. Ausgang aller Erwägungen in der Konkordatsfrage, so betonte er, sei das durch die Reichsverfassung geschaffene Verhältnis zwischen Staat und Kirche, das sich erheblich von den vor der Staatsumwälzung bestehenden theoretischen und praktischen Beziehungen unterscheidet. Selbstverständlich werde sich jede etwaige Vereinbarung im Rahmen der Reichsverfassung und der preußischen Verfassung zu halten haben. Von einem unmittelbar bevorstehenden Abschluß eines Konkordats könne nicht die Rede sein. Die Angelegenheit habe das preußische Kabinett überhaupt noch nicht beschäftigt.

Blutige Revolution in Lissabon.

Verhaftung des Außen- und des Innenministers.

Die Revolution in Portugal, die von Oporto aus ihren Anfang genommen hat, hat jetzt auch auf die Hauptstadt des Landes übergegriffen. Wie der Führer der Revolution in Portugal, Oberst Mendes Reis, dem Lissaboner Vertreter der „Chicago Tribune" mitgeteilt hat, ist unter den in Lissabon garnisonierenden Matrosen, Infanteristen, der Polizei und der republikanischen Garde eine revolutionäre Bewegung ausgebrochen. Die Aufständischen haben einige strategisch wichtige Punkte in der Stadt eingenommen, ihnen hat sich auch Zivilbevölkerung mit den Waffen in der Hand angeschlossen. Die Revolutionäre haben 150 Verhaftungen vorgenommen, darunter auch die der Minister des Äußern und des Innern.

Das Übergreifen der Revolution auf Lissabon wird auch von anderer Seite bestätigt. Weiter wird berichtet, daß der Kreuzer „Carvalho Araujo", der sich gegenwärtig auf der Höhe von Lissabon befindet, Befehl erhalten hat, das Arsenal von Lissabon zu bombardieren, wo die Revolutionäre sich festgesetzt haben. Die Küstenartillerie, deren Bedienungsmannschaften sich den Aufständischen angeschlossen haben, beantwortete das Feuer des Kreuzers. Bis jetzt zählt man unter der Zivilbevölkerung von Lissabon mehrere Tote und etwa zwanzig Verwundete.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF